

8. Teil.

Verschiedene Kulturarbeiten.

In den folgenden Seiten wird über eine Anzahl von projektierten und begonnenen Arbeiten der verschiedensten Art berichtet. Gemeindebehörden sind in den meisten Fällen die Unternehmer. Ihnen würde es besonders leicht werden, die Arbeitsstätten zu Kulturarbeitsstätten auszubauen und die Zeitfäße zur Regelung der Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Sie könnten auch unmittelbar die Unterstützungsgelder in Arbeitslohn umwandeln.

Allerdings müßten sie von anderem Geist bejeelt sein, als der Berliner Magistrat von 1914, der die Möglichkeit von sich wies, die Arbeitslosen der ersten Kriegsmomente zu beschäftigen und für Berlin bessere Ernährungsmöglichkeiten durch die Kultivierung des Savelluchs zu schaffen. S. D.

Die Arbeitslosen als Gemüsebauer.*)

Von Hans Ostwald.

Zum Beginn des Krieges wurde den Groß-Berliner Gemeinden, die unter der plötzlich ausbrechenden Arbeitslosigkeit litten, geraten, diese Arbeitslosen bei der Kultivierung von Dedland zu beschäftigen und mit ihrer Hilfe den Bedarf an Gemüse, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Viehfutter sich zu sichern, den die Millionenstadt nun einmal verbraucht, den sie aber nachher nicht aufstreiber konnte. Landwirtschaftliche Fachleute von allererstem Ruf setzten sich für diese Pläne ein. Es handelte sich um brache Ländereien im Umfange von mehreren hunderttausend Morgen, die unmittelbar vor den Toren der Stadt liegen. Die Abflußkanäle, die Stichkanäle waren fertig. Dung lagerte bereits draußen. Fläche Stichgräben mußten noch gezogen werden. Der Boden brauchte nur umgegraben, der Dung ausgestreut werden — Saat hinein — und die große Stadt hätte keinen Mangel an Gemüse, Hülsenfrüchten und Kartoffeln gehabt.

*) Als Anfang dieses Kapitels glaube ich nichts Besseres geben zu können als diesen Bericht über die Bremer Arbeitsbeschaffung. Er kann auch als Material für die voraufgehenden Kapitel gelten.

Aber sie war empört über die Zumutung, den Arbeitslosen anstatt Almosen nutzbringende Arbeit zu geben. Sie überließ den Ruhm, gründlich zu organisieren, kleineren Gemeinwesen. Und so ist denn von Bremen als der ersten Stadt und dem ersten deutschen Bundesstaat zu melden, in wie vorbildlicher Weise diese freie Hansestadt die Idee des von mir geleiteten Vereins für soziale Kolonisation Deutschlands G. B. aufgenommen und mit welchem überraschenden Nutzen vielfacher Art sie diese Ideen durchführte: zum Heil der Arbeitslosen, die nicht Betteln und hummeln brauchten, sondern Arbeit und Arbeitslohn fanden — zum Heile der minderbemittelten Bevölkerung und der öffentlichen Anstalten, die billiges Gemüse erhielten — und zugunsten der Armen- und Kriegsfürsorgestellen, denen Hunderte von Kostgängern abgenommen werden konnten. Ich lasse den kurzen amtlichen Bericht der Stadt Bremen für sich sprechen:

„Gleich nach dem Kriegsausbruch wurden durch das Arbeitshaus und durch die Verwaltung der Straßenreinigung arbeitslose Männer bei Notstandsarbeiten (Vorbereitung von Gemüseland) längere Zeit gegen einen Stundenlohn von 60 Pf. beschäftigt. Nachdem diese Arbeit im Winter 1914/15 eine Zeitlang geruht hatte, wurde sie im Februar 1915 wieder aufgenommen. Es wurden zwei städtische Gemüsebaustellen für diesen Zweck eingerichtet, die zusammen 41 Morgen Land umfaßten, ferner wurden noch 19 Morgen Land durch Arbeitslose mit dem Spaten umgegraben und mit Kartoffeln bepflanzt. Weiter wurden 37 Morgen Weideland zur Vermietung in kleineren Parzellen als Gemüseland hergerichtet. Neben einem solchen Landstück befindet sich ein 4 Morgen großer Sumpf, der mit etwa 12 000 Fuder Hausmüll aufgehöhht wird.

Die Ertragnisse aus den selbstbewirtschafteten Ländereien waren trotz der starken Trockenheit des Vorsoommers 1915 gut.

Die Arbeiten erlitten im Winter 1915/16 keine Unterbrechungen. Es wurde auf der einen städtischen Gemüsebaustelle ein unfruchtbarer, 14 000 Kubikmeter enthaltender, trockener Sandhügel abgetragen und damit die daneben liegenden nassen Ländereien trockengelegt, wodurch ein gleichmäßiges gutes Gemüseland und verkaufsfähiges Baugeände geschaffen wurde. Weil sich eine starke Nachfrage nach Gemüseland bemerkbar machte, wurden weitere 75 Morgen Staatsgelände zu Gemüseland hergerichtet und an etwa 370 Privatpersonen vermietet. Das Land wurde mit Stalldünger, Klärschlamm und verrottetem Hausmüll gedüngt. Auf Wunsch wurden Landbuden zum Selbstkostenpreise gegen Ratenzahlungen geliefert. Damit keine Gemüseparzellen ungebaut bleiben sollten, werden den Kriegerfrauen die Parzellen durch eingearbeitete Frauen aus den staatlichen Gemüsebaustellen umgegraben gegen eine an die Gemüsebaustellen zu zahlende Entschädigung von 10 Pfennig für die Stunde. Anderen Parzellisten werden diese Arbeitskräfte gegen einen Stundenlohn von 30 Pf. zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahmen haben sich als eine dringende Notwendigkeit herausgestellt.

Um dem Mangel an Dünger etwas zu steuern, wird auf vier Schuttabeldeplätzen durch Arbeitslose das verrottete Hausmüll abgeseiht und durch eine Jauchezugabe mit Stickstoff angereichert.

Es ist jetzt mit der Entwässerung und Urbarmachung eines etwa 100 Morgen großen, mit Sand aufgehöhhten nassen Geländes begonnen worden.

Beim Wiederbeginn der Notstandsarbeiten im Februar 1915 war eine erhebliche Zahl arbeitsloser Männer bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis angemeldet. Durch die Nachweisung von Arbeit konnten bald viele davon als arbeitsscheu aus den Listen gestrichen werden. Nach etwa 2 Monaten konnte die für diese staatlichen Arbeiten wünschenswerte

Anzahl von Männer nie mehr erlangt werden, wogegen selten alle arbeitslosen Frauen bei den Landarbeiten beschäftigt werden konnten. Sie zeigten aber zum größten Teil einen guten Willen. Während die Männer täglich 10 Stunden arbeiten und 40—45 Pf. die Stunde verdienen, arbeiten die Frauen 8—9 Stunden bei einem Stundenlohn von 30 Pf. Ausnahmsweise erhalten sie für besonders schwere oder unangenehme Arbeiten einen Stundenlohn von 35 Pf. Auf allen Arbeitsstellen wird heißer Kaffee geliefert, auch erhalten die Frauen Holzschuhe zum Tragen bei der Arbeit. Alkoholgenuß ist auf den Arbeitsstellen untersagt. Den weit außerhalb der Stadtgrenze arbeitenden Frauen wird das Straßenbahnfahrgehd vergütet.

Bei den besprochenen Arbeiten wurden beschäftigt:

	1915											1916		
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Männer	42	117	142	90	49	24	48	54	47	42	46	74	52	68
Frauen	—	—	144	328	146	54	237	210	188	138	154	252	274	533

Die seit Februar 1915 ausgeführten Arbeiten erforderten bis Ende März d. J. einen Zuschuß von 25 000 Mark, wovon etwa $\frac{1}{4}$ auf Arbeitslöhne entfallen. Die erzielte Wertsteigerung läßt sich nicht genau erfassen, ist aber sehr erheblich. Bei den an Parzellisten vermieteten Ländereien werden die Aufwendungen durch die erhöhte Landmiete verzinst.“

Aus meinen persönlichen Ermittlungen kann ich noch hinzufügen: Die bedeutungsvollen Erfahrungen, die Bremen mit der Arbeitslosenbeschäftigung machte, veranlassen die Stadt, ihre jetzige kleine Arbeitsanstalt zu verlegen und beträchtlich zu vergrößern. Sie wird getrennt in eine freiwillige und in eine Zwangs-Arbeitsanstalt. Durch ihre Tätigkeit soll der Gesamteffekt erzielt werden, alle Böglinge und Schützlinge der Stadt aus Almosenempfängern zu arbeitsfähigen Gemeindeangehörigen zu machen. Die Anstalt wird bestehen aus:

1. einem Obdachlosenahnl,
2. einer Wanderarbeitsstätte,
3. einem Ahl für Fußfranke,
4. einem Altenheim,
5. einer Waschanstalt, in der Frauen Wäsche waschen und flicken für Schulen, Krankenhäuser und alle anderen Staatsanstalten,
6. einer Produktenverarbeitungsstelle.

Nicht schloßartige Gebäude werden errichtet, in denen sich die Stiechen und sonstigen Schützlinge zu Tode langweilen und miteinander in den ärgsten Unfrieden geraten, sondern kleine Farmen auf einem großen Gelände, auf dem jeder nach seiner Arbeitskraft bei Obst- und Gemüsebau, Geflügelzucht, Viehzucht usw. beschäftigt werden wird. Alle Erzeugnisse sollen zum öffentlichen Nutzen verwertet werden. Obst wird im Kleinhandel zu festgesetzten Preisen auf der Straße verkauft. Der Gemüsebau soll den Eigenbedarf sämtlicher Staatsanstalten decken. Der Mehrertrag wird wie das Obst zu bestimmten Preisen den Minderbemittelten zugeführt. Das Geflügel wird den Krankenhäusern zu Marktpreisen überlassen. Die Tiere aus der Viehzucht werden Land-

wirten zur Mast übergeben. Eine Verarbeitungsanstalt für Produkte — ausgebrannte Lichtbirnen werden auseinandergenommen, altes Papier sortiert, Rohhaar und Berg gezupft, Mäße für Konditoreien aufgeklopft, Steine geschlagen, Holz gespalten usw. — soll angeschlossen werden. Sie soll jedoch nur solche Arbeiten übernehmen, die im freien Betrieb nicht lohnen und die einen Arbeitsprozeß bieten, in den jeder eintreten kann.

Alle sollen arbeiten!

Das ist das Ziel, der Zweck. Die Arbeitslust soll geweckt, die Arbeitskraft gestärkt werden. Soviele Kräfte wie irgend möglich sollen auf diese Weise wieder dem allgemeinen Arbeitsbetriebe zugeführt werden. Diese Anstalt wird auch manches gute Werk an den Kriegsinvaliden tun können, weil in ihrem Rahmen auch halbe und viertel Arbeitskräfte zur Geltung kommen.

Den Mut zu solchen segensreichen und umfangreichen Unternehmen hat Senator Feuß gesagt, der die Kriegswohlfahrt Bremens organisierte. Von der Weserregulierung her lagen Hunderte von Morgen brach, die mit 5 Meter hohem Sand überschüttet waren. Ein wenig Klee (Lehm) lag oben darauf. Der wurde von Männern und Frauen umgegraben, Dung ausgebreitet, Kartoffeln gelegt, und im Herbst und Winter 1915, als in andern Städten Mangel war, konnten Kartoffeln zu festgesetzten mäßigen Preisen durch den Kleinhandel an Minderbemittelte gegeben werden. Ebenso Gemüse und hauptsächlich Braunkohl (Grünkohl), der als Nachfrucht gewonnen wurde. Die Rückstände wurden an Kaninchen verfüttert. Auf allen Geländen der Stadt sollen Kaninchenzuchtereien angelegt werden, um Rückstände ausnützen zu können, immer nur zum Nutzen der Minderbemittelten.

Andere Gelände mußten aufgehöhht werden. Jedoch wurde der Mutterboden stets nach oben gebracht. Jetzt werden Kartoffeln und Kohl gepflanzt. Auf einem großen Teil, der noch nicht genug während des Winters hatte aufgehöhht werden können, werden Hunderttausende von Sonnenblumen gezogen werden. Ihre Früchte gehen an die Delfabrik. Die Rückstände werden wieder an Ziegen und Kaninchen verfüttert. In zwei Jahren ist das Land reif für Parzellen, die an kleine Leute verpachtet werden, um deren Selbständigkeit nicht zu schädigen, sondern zu fördern.

Der notwendige Stickstoffdünger wird folgendermaßen gewonnen: Der Hausmüll wird jahrelang gelagert, bis er zersetzt ist. In allen Werften, Fabriken usw. sind Tonnenysteme eingeführt, um den Harn zu sammeln, der den unentbehrlichen Ammoniak enthält und der bei den üblichen Rieselfeldsystemen fast ganz der Landwirtschaft verloren geht. In Zauchwagen wird der Ammoniak zum Mülllager geschafft und dort mit dem gesiebten Müll vermischt. Auch Klärschlamm aus der Kläranstalt wurde mit Ammoniak angereichert und so zu brauchbarem Dung umgewandelt. Der so gewonnene wertvolle Dung wird auch an Parzellenbesitzer, Bauern u. a. landwirtschaftliche Betriebe zum Selbstkostenpreise abgegeben.

Die Arbeitskräfte werden vermittelt durch den Arbeitsnachweis. Durch Listen werden allen Fürsorgestellen die notwendigen Mitteilungen gemacht. Ebenso werden dem Arbeitsnachweis durch Listen die Personen bekannt, die in Fürsorge sind. Auf diese Weise kann jede unnütze Unterstellung gespürt werden. Die Bevölkerung kann die Hausbettler zurückweisen. Jeder, der bedürftig ist, findet Arbeit und Auskommen.

Als Kontrolle funktioniert eine Kommission, bestehend aus einem Arbeitnehmer, einem Arbeitgeber und dem Unparteiischen (Senator

Feuß). Wer nicht arbeiten kann oder nicht arbeiten will, wird vom Arzt untersucht. Sagt der Arzt: „Der Mann kann arbeiten!“ kommt der Mann vor die Kommission, die meist auf Drängen des Arbeitnehmers — den Mann für arbeitsfähig erklärt.

Die Mittel zu dieser vorzüglichen Organisation wurden von der Kriegsdeputation aufgebracht. Zunächst mußten große Summen hergegeben werden. Aber die Gesundheit der Idee veranlaßte zur freudigen Gergabe der Mittel. Und die erfreuliche Folge bringt:

1. eine ordnungsmäßige Verzinsung und Tilgung,
2. beträchtliche Ersparnisse bei der Armenpflege- und in den Fürsorgestellen,
3. Aufhören des Hausbedarfs.

In den schlechtesten Fällen erbrachte die erste Ernte bereits 8 Prozent des aufgewendeten Kapitals. In der Hauptsache wurden jedoch 25—30 Prozent erzielt! Ein großer Teil des Geländes, der früher für den Sektor höchstens 100 M. Pacht brachte, bringt jetzt mindestens 600 M. Eine Fläche brachte früher 250 M. jetzt 6000!

Auch die neuen Anstalten werden in 10 Jahren sich ordnungsgemäß verzinst und amortisiert haben; ja, man rechnet damit, daß sie außerdem auch einen Erneuerungsschatz angeammelt haben.

Und das alles mit sonst brachliegenden Arbeitskräften! Aber nicht nur dies bedeutende wirtschaftliche Ergebnis kam zustande, weil Bremen der Idee des Vereins für soziale Kolonisation vertraute. Große moralische und ethisch-ästhetische Werte sind gewonnen worden. Arbeitende und sich selbst erhaltende Menschen sind in jeder Beziehung schöner als schmarogende. Und moralische Werte setzen sich wieder in wirtschaftliche um. Eine große Wechselwirkung wird fruchtbar.

Senator Feuß wiederholte zum Schluß unserer Unterhaltung die Leitworte meines Vereins:

Jedes Unterstützungsgeld ist verloren!

Aber dies Kapital, das nicht klein sein darf, ist nicht totes, nein, es ist werbendes Kapital!

Anlagen zum 8. Teil.

Ueber die Aufbringung der Zuschüsse zu Notstandsarbeiten

bestimmt eine Verfügung vom 26. Februar 1919, daß Gemeinden und Gemeinde-Vereine sowie nachträglich zugelassene Körperschaften von den bei der Ausführung von öffentlichen Notstandsarbeiten sich ergebenden Ueberteuerungsbeträgen ein Sechstel selbst aufzubringen haben, während die übrigen fünf Sechstel durch Zuschüsse gedeckt werden, von denen der Bundesstaat 2 Teile und das Reich 3 Teile trägt.

Die Zahlung dieser Reichszuschüsse erfolgt im einzelnen vorschussweise für das Reich, und zwar in Preußen auf Anweisung der Regierungspräsidenten (Demobilisierungskommissare) — für Groß-Berlin des Oberpräsidenten in Charlottenburg — durch die Regierungshauptkassen und in den übrigen Bundesstaaten auf Anweisung der (Zentral-) Demobilisierungskommissare durch die Landeszentralkassen, die ebenso wie die preußischen Regierungshauptkassen sämtlich in den einzelnen Monaten für Rechnung des Reiches gezahlten derartigen Vorschüsse der Reichshauptkasse allmonatlich aufzurechnen haben.